

GESTALTENDE ERNÄHRUNGSPOLITIK

Die gesunde Wahl muss die einfache Wahl sein

10. Juni 2025

VERBRAUCHERRELEVANZ

Im Supermarkt und beim Essen außer Haus sind süße, salzige und fettige Lebensmittel sehr präsent. Wer nach Gesundem sucht, wie frischem Obst und Gemüse, muss seit einigen Jahren zudem tiefer in die Tasche greifen: Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln liegen deutlich über der durchschnittlichen Inflation. Laut einer repräsentativen Online-Befragung der IFH Köln GmbH (IFH Köln) im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) berichten 44 Prozent der Befragten, dass sie sich aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise beim Kauf gesunder Lebensmittel oft einschränken müssen. Während sich 89 Prozent der Befragten nach eigener Einschätzung zu Hause gesund ernähren, hat nur etwa die Hälfte (52 Prozent) den Eindruck, dass es ihr außer Haus gut gelingt.

GESTALTENDE ERNÄHRUNGSPOLITIK

Gesunde Ernährung hat für die Teilnehmenden an der repräsentativen Online-Befragung einen hohen Stellenwert. Fast drei Viertel der Befragten geben an, auf eine ausgewogene Ernährung zu achten.¹ Die Mehrheit der Befragten befürwortet staatliche Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung – besonders dort, wo individuelle Bemühungen an strukturelle Grenzen stoßen. Hohe Zustimmung erfahren eine Nullbesteuerung von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten (91 Prozent), Grenzwerte für Fett, Salz, Zucker auf Lebensmittelverpackungen, die sich an Kinder richten (89 Prozent), und eine Süßgetränkeabgabe für Hersteller (79 Prozent).

Gesunde Ernährung ist damit nicht allein eine Frage von Wissen und Wollen, sondern auch von Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und alltagspraktischer Umsetzung. Ernährungspolitik sollte nicht nur das Individuum verantwortlich machen für seinen Erfolg oder sein Scheitern, sich ausgewogen zu ernähren, sondern gesunde und faire Ernährungsumgebungen schaffen. Für die oben genannten Maßnahmen hat die neue Bundesregierung einen starken Rückhalt in der Bevölkerung.

Umgebungen für gesunde Ernährung entstehen in einem Kraftfeld von individuellen Vorlieben und Entscheidungen, sozialen Normen und politischen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der vzbv versteht unter gestaltender Ernährungspolitik eine Politik, die sich dieser Rolle bewusst ist. Evidenzbasiert fördert

¹ IFH Köln: Ernährungspolitische Einstellungen und Verhaltensweisen, Ergebnisse und gutachterliche Einordnung einer internetrepräsentativen Verbraucherbefragung im Auftrag des vzbv, 10.06.2025, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-06/25-06-10_IFH_KOELN_Bericht_Ern%C3%A4hrungspolitische-Einstellungen-und-Verhaltensweisen_1.pdf

sie Lebenswelten, in denen gesunde Ernährung leichtfällt. Zwei Bündel von Maßnahmen sind für die kommenden Jahre entscheidend: eines zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor zu viel Fett, Salz und Zucker im Alltag und ein weiteres zur Sicherung von Chancengleichheit und Teilhabe.

Eine gestaltende Ernährungspolitik sollte die Ernährungsstrategie der Bundesregierung² umsetzen und sie weiterentwickeln. Sie sollte zudem die Ergebnisse des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“³ wie der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)⁴ berücksichtigen und evidenzbasiert entlang der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)⁵ und der Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz⁶ arbeiten.

Die neue Bundesregierung muss Rahmenbedingungen schaffen, die gesunde Ernährung erleichtern – bezahlbar, alltagstauglich und sozial gerecht.

- ❖ Eine gestaltende Ernährungspolitik wird dort aktiv, wo individuelle Bemühungen an strukturelle Grenzen stoßen: über umfassende Kennzeichnung, gesunde Angebote im Außer-Haus-Verzehr, Obergrenzen für Fett, Salz und Zucker oder fiskalpolitische Maßnahmen.
- ❖ Die Gesundheit der Kinder hat Vorrang. So müssen sie vor dem permanenten Angebot und der Werbung für zu Süßes, Salziges und Fettiges geschützt werden.
- ❖ Gesunde Ernährung muss unabhängig vom Geldbeutel und trotz gestiegener Preise möglich sein. Dazu zählt die Durchsetzung des Rechts von Kindern auf ein gesundes, warmes Mittagessen ebenso wie die Unterstützung von Ernährungsarmut Betroffener.

GESUNDE KINDER UND JUGENDLICHE

Rund 15 Prozent der 3- bis 17-jährigen Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig, etwa ein Drittel davon adipös.⁷ Zu süße, zu salzige und zu fettige Lebensmittel sind ständig und überall verfügbar. Das erschwert es Kindern, sich gesund zu ernähren, und Eltern, eine gesunde Ernährung durchzusetzen. Die langfristigen Folgen sind oft chronische Erkrankungen und hohe Kosten für das Gesundheitssystem.

² BMEL: Gutes Essen für Deutschland – Ernährungsstrategie der Bundesregierung, 2024, <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsstrategie/ernaehrungsstrategie.html>

³ Bürgergutachten: Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ an den Deutschen Bundestag, 2024 https://www.bundestag.de/resource/blob/990580/155336448e845a9e129a04416b001036/buergergutachten_broschuere.pdf

⁴ BMEL: Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft, 2021, <https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.html>

⁵ DGE Empfehlungen (2024): <https://www.dge.de/gesunde-ernaehrung/gut-essen-und-trinken/dge-empfehlungen/>

⁶ Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL: Politik für eine nachhaltigere Ernährung, Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten, Gutachten, 2020, <https://www.bmel.de/SharedDocs/Archiv/Downloads/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.html>

⁷ KiGGS-Studie des Robert Koch-Instituts (2014-2017), https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Journal-of-Health-Monitoring/GBEDownloads/JFactSheets/JoHM_01_2018_Adipositas_KiGGS-Welle2.html?nn=16780210

Die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten (NRI) wurde 2018 im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) beschlossen.⁸ Die Ziele, wie 20 Prozent weniger Zucker in Frühstückscerealien für Kinder und 15 Prozent weniger in Erfrischungsgetränken und fruchthaltigen Getränken mit Zuckerzusatz, sollen bis zum Jahr 2025 freiwillig von der Lebensmittelbranche umgesetzt werden. In Großbritannien hat eine Herstellerabgabe auf Softdrinks von ihrer Einführung im Jahr 2018 bis ins Jahr 2021 zu einer Reduktion des Zuckergehalts um knapp 30 Prozent geführt. Im vergleichbaren Zeitraum hat das Max Rubner-Institut (MRI) in Deutschland unter der freiwilligen Selbstverpflichtung einen Rückgang von 2 Prozent festgestellt.⁹ Besonders für Lebensmittel in Kinderoptik ist ein freiwilliger Ansatz aus Sicht des vzbv nicht zielführend. Hier sind gesetzliche Regelungen und klare Vorgaben für Zucker-, Salz- oder Fettgehalte bei solchen Lebensmitteln notwendig. Dies kann in die NRI eingebettet werden.

Gleiches gilt für die Vermarktung von Lebensmitteln mit zu viel Fett, Salz und Zucker. Werberegulierungen für Fernseh-, Online- und Gamingwerbung können verhindern, dass Kinder zu Süßigkeiten und Fast Food verleitet werden. Als eine ihrer wichtigsten Informationsquellen zu gesunder Ernährung geben junge Menschen Social-Media-Beiträge und dortige Werbung an.¹⁰ Hier können Influencer:innen Kinder und Jugendliche mit offener und versteckter Werbung für zu Süßes, Salziges und Fettiges beeinflussen. Gesetzliche Vorgaben können helfen.

Der Konsum zuckergesüßter Getränke ist nachweislich ein besonders relevanter Risikofaktor für die Entstehung von Übergewicht.¹¹ Sie sind bei jungen Menschen besonders beliebt: 13 Prozent der befragten 16 bis 29-Jährigen trinken nach eigener Angabe täglich zuckerhaltige Getränke; 47 Prozent greifen mehrmals die Woche dazu.¹² Eine Herstellerabgabe auf Softdrinks kann im Rahmen der Reduktionsstrategie umgesetzt werden.

⁸ BMLEH: Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten, <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/gesunde-ernaehrung/reduktionsstrategie/reduktionsstrategie-zucker-salz-fette.html>

⁹ Bundeszentrum für Ernährung (BZfE), Newsletter für Ernährungsfachkräfte: <https://www.bzfe.de/essen-und-gesundheit/newsletter-fuer-ernaehrungsfachkraefte/energydrinks/schutz-von-kindern-und-jugendlichen-vor-ueberhoehtem-energydrink-konsum#teaser>. Max Rubner-Institut: Ergebnisbericht Produktmonitoring 2019, Version 2.0, Juni 2020, 2020, S. 70, <https://www.mri.bund.de/de/themen/reduktion-von-zucker-fett-und-salz/produktmonitoring/produktmonitoring2019/>

Das jüngste Produktmonitoring des Max Rubner-Instituts (MRI) kommt zu dem Ergebnis, dass der Zuckergehalt in einigen Produkten mit Kinderoptik sogar gestiegen ist. Seit 2019 ist das obere Viertel der Zuckergehalte von 7,4 g/100ml auf 8,4 g/100ml gestiegen. Das entspricht umgerechnet fast sechs Zuckerwürfeln in einem üblichen 200-ml-Trinkglas. Frühstückscerealien für Kinder enthalten mit 17 g Zucker pro 100 g im Durchschnitt sogar mehr Zucker als der Durchschnitt aller Frühstückscerealien (14,7g/100g); siehe <https://www.bmel.de/SharedDocs/Archiv/Pressemitteilungen/2023/091-produktmonitoring.html>

¹⁰ In der repräsentativen Online-Befragung des IFH Köln im Auftrag des vzbv vom Dezember 2024 geben die Teilnehmenden von 16 bis 29 Jahren Social-Media-Beiträge und Werbung auf Social Media oder im Fernsehen als Informationsquellen zu gesunder Ernährung an zweiter und vierter Stelle an (33 und 24 Prozent). An erster Stelle stehen Angehörige, Freunde und Bekannte (37 Prozent). Gleichauf mit Social-Media-Beiträgen sind Suchmaschinen im Internet (33 Prozent). An dritter Stelle folgen Angaben auf den Verpackungen der Produkte (27 Prozent). Zum Vergleich: nur sieben Prozent der über 50-Jährigen nutzen Social-Media-Beträge oder Werbung als Informationsquelle für gesunde Ernährung; siehe https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-06/25-06-10_IFH_KOELN_Bericht_Ern%C3%A4hrungspolitische-Einstellungen-und-Verhaltensweisen_1.pdf

¹¹ Siehe World Health Organisation (WHO): Taxes on sugary drinks: Why do it?, 2017, <https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/260253/WHO-NMH-PND-16.5Rev.1-eng.pdf?sequence=1>, 28.05.25, und RKI zur KiGGS-Studie Welle 2: https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Journal-of-Health-Monitoring/GBEDownloads/JFactSheets/JoHM_01_2018_zuckerhaltige_Getraenke_KiGGS-Welle2.pdf?blob=publicationFile&v=1

¹² In der repräsentativen Online-Befragung des IFH Köln im Auftrag des vzbv vom Dezember 2024 geben 13 Prozent der Teilnehmenden von 16 bis 29 Jahre an, täglich zuckergesüßte Getränke wie Cola und Softdrinks zu trinken. Weitere 47 Prozent greifen mehrmals die Woche zu diesen Getränken. Zum Vergleich: bei den über 50-Jäh-

Mit der Ernährungsstrategie verpflichtet sich die Bundesregierung, die DGE-Standards in der Kita- und Schulverpflegung bis 2030 verbindlich zu etablieren. Dies ist angesichts des Ganztagesanspruchs ab 2026 ein wichtiger Beitrag zur gesunden Ernährung von Kindern und Jugendlichen.¹³ Laut repräsentativer Umfrage des IFH Köln befürworteten 95 Prozent der Befragten kostenloses Trinkwasser an Schulen, gefolgt von verbindlichen Standards für eine gesunde Kita- und Schulverpflegung (93 Prozent) und dem Wunsch nach schulischer Ernährungsbildung (90 Prozent).¹⁴

Der vzbv empfiehlt dem Bundestag und der Bundesregierung:

- ❖ die Gesundheit der Kinder zu schützen: Ein Gesamtpaket für gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche sollte neben Maßnahmen zu Kennzeichnung, Angebot und Gestaltung von Produkten auch eine Herstellerabgabe auf Süßgetränke enthalten.
- ❖ die nationale Reduktionsstrategie verbindlicher zu machen: Die Ziele zur Reduktion von Zucker, Salz und Fett in Fertigprodukten sollten fortlaufend wissenschaftlich überprüft, weiterentwickelt und verbindlich formuliert werden.
- ❖ Ernährungsbildung und Schulverpflegung zu stärken: Das schließt umfassende Ernährungsbildung, verbindliche Standards für gesunde Schulverpflegung und kostenlose Trinkwasserangebote im öffentlichen Raum und in Schulen ein.

CHANCENGLEICHHEIT UND TEILHABE

Ernährungsarmut

Die Preise für Lebensmittel sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Auch wenn die Inflationsrate wieder zurückgegangen ist, bleiben sie auf einem hohen Niveau. Eine gesunde und nachhaltige Ernährung wird dadurch schwieriger und teurer. 44 Prozent der vom IFH Köln Befragten berichten, dass sie sich aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise beim Kauf gesunder Lebensmittel oft einschränken müssen. Geäußert wird dies besonders häufig von Befragten mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen. Da gesunde Ernährung für alle Menschen möglich sein muss, erwächst daraus ein staatlicher Auftrag, Chancengleichheit herzustellen.

Ernährungsarmut betrifft laut Schätzungen 3 Millionen Menschen in Deutschland.¹⁵ Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu gesunder Ernährung haben.

ringen sind es sieben Prozent täglich und 30 Prozent mehrmals die Woche; siehe https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-06/25-06-10_IFH_KOELN_Bericht_Ern%C3%A4hrungspolitische-Einstellungen-und-Verhaltensweisen_1.pdf

¹³ Zum Ganztagesanspruch ab 2026 siehe BMFSFJ: Das Ganztagsförderungsgesetz, <https://www.recht-auf-ganzttag.de/gb/politik/ganztagsfoerderungsgesetz>

¹⁴ IFH Köln: Ernährungspolitische Einstellungen und Verhaltensweisen, Ergebnisse und gutachterliche Einordnung einer internetrepräsentativen Verbraucherbefragung im Auftrag des vzbv, 10.06.2025, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-06/25-06-10_IFH_KOELN_Bericht_Ern%C3%A4hrungspolitische-Einstellungen-und-Verhaltensweisen_1.pdf

¹⁵ Diese Schätzung beruht auf repräsentativen Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Ein vom BMLEH ausgeschriebenes Forschungsvorhaben soll genauere Zahlen liefern: <https://dge-mv.de/neue-foerderbekanntmachung-2/>, 21.05.2025. Zur Ernährungsarmut zählt auch eine mangelnde Versorgung mit Nährstoffen bei gleichzeitiger Überversorgung mit Kalorien, siehe vzbv: Wenn der Teller leer bleibt - Ernährungsarmut bei Kindern und Familien, 2024, <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/gesund-ernaehren/wenn-der-teller-leer-bleibt-ernaehrungsarmut-bei-kindern-und-familien-93956>

Der vzbv empfiehlt dem Bundestag und der Bundesregierung:

- ❖ eine beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung: Gemeinsam mit den Bundesländern muss die Bundesregierung sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendliche Zugang zu gesunden Mahlzeiten haben.
- ❖ Maßnahmen gegen Ernährungsarmut auszuarbeiten: Wie in der Ernährungsstrategie 2024 angekündigt, muss die Bundesregierung auf Grundlage aktuell erhobener Daten effektive Maßnahmen ausarbeiten, sobald die Daten vorliegen.¹⁶
- ❖ die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte: sie fördert eine gesunde und nachhaltige Ernährung für alle.
- ❖ Wertschätzung von Lebensmitteln: Die Bundesregierung verpflichtet sich laut Koalitionsvertrag, die Verschwendung von Lebensmitteln auf allen Ebenen zu bekämpfen. Die Einführung der Rechtsform des karitativen Lebensmittelunternehmers leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.¹⁷

Faire Preise

In Deutschland gleicht die Preisbildung bei Lebensmitteln einer Blackbox. Es ist unklar, wer wie viel Gewinn macht. Aufgrund der fehlenden Transparenz kann aktuell nicht ausgeschlossen werden, dass einige Unternehmen ihre Umsätze auf Kosten der Verbraucher:innen steigern. Im Koalitionsvertrag kündigt die Bundesregierung an, sich für mehr Transparenz bei versteckten Preiserhöhungen einzusetzen.

Der vzbv empfiehlt dem Bundestag und der Bundesregierung:

- ❖ eine Preisbeobachtungsstelle einzurichten: Um die Preisbildung entlang der Wertschöpfungskette nachvollziehbar zu machen, sollte eine unabhängige Stelle die Produktionskosten und Margen erfassen.
- ❖ den Preisvergleich von Lebensmitteln zu erleichtern: Lebensmitteleinzelhändler sollten verpflichtet werden, die Preise ihrer Produkte im Internet öffentlich verfügbar zu machen. Das schafft Transparenz und sorgt für mehr Vertrauen.
- ❖ Mogelpackungen zu verhindern und Warnhinweise für veränderte Produkte einzuführen: Hersteller sollten Produkte mit veränderter Zusammensetzung, Füllmenge oder Verpackungsgröße für mindestens sechs Monate mit einem Warnhinweis versehen, wenn der Grundpreis gleich bleibt oder steigt. Das schafft Transparenz für Verbraucher:innen und gibt Herstellern Anreize, offen mit Preiserhöhungen umzugehen. Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für eine entsprechende Regelung einsetzen.

¹⁶ Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat: Gutes Essen für Deutschland – Ernährungsstrategie für Deutschland, 2024, S.26, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-kabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=8

¹⁷ Wie dies umgesetzt werden kann, erläutern die Autoren des vom BMEL in Auftrag gegebenen Abschlussberichts „Identifikation, Bewertung sowie Handlungsempfehlungen zu rechtlichen Hemmnissen bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen und Weitergabe von Lebensmittelspenden“ 2024, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ernaehrung/Lebensmittelverschwendung/RechtsgutachtenLebensmittelverschwendung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Kennzeichnung auf einen Blick

Kennzeichnungen auf Lebensmittelverpackungen sollen einfach und schnell Orientierung bieten und dabei für alle Altersgruppen und Bildungsgrade möglichst zugänglich sein. Laut Umfrage des IFH Köln erfährt die Angabe des Herkunftslands die meiste Zustimmung (89 Prozent) unter den Befragten, gefolgt von der Kennzeichnung von Nährwerten und Zutaten sowohl auf der Verpackung als auch in Restaurant, Imbiss oder Kantine (83 Prozent) und dem Nutri-Score (79 Prozent).¹⁸

Der vzbv empfiehlt dem Bundestag und der Bundesregierung:

- ❖ EU-weite bzw. verpflichtende Einführung des Nutri-Scores: Der Nutri-Score sollte auf europäischer Ebene flächendeckend und verpflichtend eingeführt werden. Das Nährwert-Logo in Ampelfarben erleichtert es Verbraucher:innen, gesünder einzukaufen und Produkte miteinander zu vergleichen.
- ❖ ein staatliches Tierhaltungskennzeichen, das alle Tierarten umfasst und die Außer-Haus-Verpflegung einschließt: Viele Verbraucher:innen wünschen sich bessere Haltungsbedingungen für landwirtschaftliche Nutztiere und verlässliche Informationen über Haltungsstandards.¹⁹
- ❖ verbindliche Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln – auch für neue Gentechnikverfahren.²⁰
- ❖ eine EU-weit verbindliche Kennzeichnung des Herkunftslandes für alle Lebensmittel: Bei verarbeiteten Lebensmitteln sollte die Herkunft der Primärzutaten gekennzeichnet werden.²¹

Kontakt

*Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände –
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.*

Team Lebensmittel

Lebensmittel@vzbv.de

Rudi-Dutschke-Straße 17, 10969 Berlin

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. ist im Deutschen Lobbyregister und im europäischen Transparenzregister registriert. Sie erreichen die entsprechenden Einträge [hier](#) und [hier](#).

¹⁸ IFH Köln: Ernährungspolitische Einstellungen und Verhaltensweisen, Ergebnisse und gutachterliche Einordnung einer internetrepräsentativen Verbraucherbefragung im Auftrag des vzbv, 10.06.2025, https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-06/25-06-10_IFH_KOELN_Bericht_Ern%C3%A4hrungspolitische-Einstellungen-und-Verhaltensweisen_1.pdf. Es wurden nicht alle Kennzeichnungsarten abgefragt, z. B. nicht die Wichtigkeit von Zertifizierungen wie Bio, Fair Trade oder „ohne Gentechnik“.

¹⁹ Laut Ernährungsreport 2024 des BMEL rangiert die Tierhaltungskennzeichnung mit 84 Prozent an erster Stelle der Angaben, die sich Verbraucher:innen auf der Lebensmittelverpackung wünschen, noch vor dem Zutatenverzeichnis. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/ernaehrungsreport-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4

²⁰ Diesen Wunsch nach Wahlfreiheit durch Kennzeichnung auf dem Produkt äußern Verbraucher:innen in zahlreichen Umfragen. Beispielhaft seien hier 92 Prozent der Befragten einer forsa-Umfrage im Jahr 2023 im Auftrag von foodwatch genannt. Foodwatch: Neue Gentechnik Ergebnisse der forsa- Befragung, 25.09.2023, https://www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Gentechnik/2023-09-Umfrage_Forsa_Tabellen_Neue_Gentechnik.pdf.

²¹ Laut repräsentativer Online-Befragung des IFH Köln im Auftrag des vzbv vom Dezember 2024 sprechen sich 90 Prozent der Befragten für eine Herkunftskennzeichnung auf dem Produkt aus; siehe https://www.vzbv.de/sites/default/files/2025-06/25-06-10_IFH_KOELN_Bericht_Ern%C3%A4hrungspolitische-Einstellungen-und-Verhaltensweisen_1.pdf.